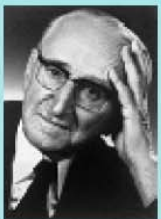




# Ordnungspolitische Diskurse

## Discourses in Social Market Economy



**Emmanuel Decouard**

**Das „Modèle rhénan“ aus  
französischer Sicht**

**Diskurs 2008 – 3**

**Emmanuel Decouard**

## **Das „Modèle rhénan“ aus französischer Sicht**

### **Abstract**

The relationship between France and Germany is still a complex one, and the French perception of the „social market economy“ is a perfect example of the ambivalence that both nations feel towards each other.

Already a short glance at the history of economics – from the physiocrats to Keynes and then to Walter Eucken - shows that a profound philosophical and political rift divides France and Germany.

In more recent times, this division has been perfectly illustrated by the totally different approach adopted in the post war area by the two countries: De Gaulle's planned economy on the one hand and Adenauer's liberalism on the other.

Nowadays, as liberalism seems to unquestionably dominate the political and economic landscape, the antagonism between France and Germany still manifests itself with regard to monetary policies. Whereas Germany still adheres to the concept of an absolutely independent central bank (the ECB) as an intangible asset, France always seems to impose a more voluntary approach. It's precisely in this aspect that France and Germany differ the most. This divergence is now being intensified by the strong emergence of financial capitalism in Europe.

**Keywords: Social Market Economy, Ordo-Liberalism, Monetary Policy**

**Decouard, Emmanuel – M.A. IEP**  
Technische Universität Chemnitz  
Straße der Nationen 62, 09107 Chemnitz  
emmanuel.decouard@phil.tu-chemnitz.de

## Emmanuel Decouard

# Das „Modèle rhénan“ aus französischer Sicht

### Einleitung

„Das rheinische Model“, „soziale Marktwirtschaft“ und „Ordoliberalismus“ sind Begriffe, die sich in Frankreich auf eine komplexe, um nicht zu sagen widersprüchliche Situation beziehen. Hier ist nicht der Ort, um auf die Ambivalenz zu sprechen zu kommen, die die deutsch-französischen Beziehungen auszeichnet. Im Französischen spricht man nicht von „Beziehungen“, sondern vom deutsch-französischen Paar, und dieser Ausdruck hat bereits eine Vielzahl von Konnotationen: Von einer Zweierbeziehung zur Ehe ist es nur ein kleiner Schritt, doch dann stellt sich sofort die Frage nach der Qualität dieser Verbindung – ist es eine Liebesheirat, eine Vernunftehe oder eine Zwangsehe? Ohne von den Illusionen und Verblendungen zu sprechen, die für das Zusammenleben eines Paares charakteristisch sind.

Und auf eine gewisse Art und Weise kristallisieren sich diese schwierigen und unklaren Beziehungen im Begriff der „sozialen Marktwirtschaft“. Dieser Ordnungsrahmen, durch Ludwig Erhards populäre (und populistische) Slogans wie „Wohlstand durch Wettbewerb“ oder „Wohlstand für alle“ knapp auf den Punkt gebracht, bewährte sich nicht nur in der Praxis, sondern fand auch Anklang bei so eminenten Ökonomen wie Samuelson. Dieser lobte Erhard ausdrücklich für die Abschaffung von Rationierung und Preiskontrolle, unter der die Wirtschaft Westdeutschlands bis 1948 gelitten hatte.<sup>1</sup> Solange die Zeit des Wirtschaftswunders anhielt, hielt man in Frankreich die soziale Marktwirtschaft für das ideale Modell schlechthin, betrachtete es als magische Lösung aller Probleme und als Verkörperung des deutschen Geistes, als ein Vorbild, an dem sich Frankreich, wenn es nur ein wenig vernünftiger wäre, hätte orientieren sollen, anstatt zwischen einem Regime gaullistischer Planwirtschaft und Sozialismus à la Mitterrand zu schwanken.

Kurz gesagt, Deutschland stellte in ökonomischer Hinsicht das Objekt der Begierde dar. Dann jedoch hat sich die Situation geändert. Das deutsche Wirtschaftswunder hat sich langsam, aber sicher in Luft aufgelöst, nicht zuletzt als Folge eines radikalen politischen Wandels, der Wiedervereinigung Deutschlands. Die Wachstumsrate ist

---

<sup>1</sup> Vgl. Paul A. Samuelson. *Economics*. Tokyo et al., 1973, S. 806ff.

deutlich gesunken, um sich dann auf einem erstaunlich niedrigen Niveau einzupendeln, während die Arbeitslosenquote so astronomisch gestiegen ist, dass Erinnerungen an die Weimarer Republik wach wurden.

Deutschland hat in den Augen Frankreichs radikal an Charme verloren, und man begann, das ehemalige Wunderkind wegen seiner Rigidität zu kritisieren, insbesondere wegen seiner geradezu zwanghaften Fixierung auf die Preisstabilität – dies besonders angesichts der Tatsache, dass die Europäische Zentralbank auf europäischer Ebene eine exakte Kopie der Deutschen Bundesbank darstellt. Der Wunsch nach einer Liebesheirat verlor sich schnell, und man wandte sich nun ohne zu zögern dem ehemals so reizlosen, nun plötzlich so attraktiv erscheinenden England zu, dem Land der unwiderstehlichen Flexibilität und dem atemberaubenden wirtschaftlichen Erfolg. Doch alte Liebe rostet nicht. Genau in dem Moment, wo Nicolas Sarkozy die Strategien von Thatcher und Reagan wieder belebt, entpuppt sich die abgelegte Geliebte als überraschend attraktiv. Die deutsche Wachstumsrate steigt, die Arbeitslosigkeit sinkt, und das Modell der sozialen Marktwirtschaft erscheint in einem neuen Licht.

### **Zurück zu den Quellen : Von den Physiocraten bis zu Keynes**

Wir wollen im folgenden einen kurzen Blick darauf werfen, wie Frankreich das Modell der sozialen Marktwirtschaft interpretiert hat – was man gesehen hat, gesehen zu haben glaubte oder was man sich phantasievoll ausgemalt hat, und wie man die Vorstellungen eines reinen Liberalismus mit der eines staatlichen Interventionismus kombiniert hat.

Einen kurzen Blick auf etwas werfen bedeutet bekanntlich nicht, einen Blick auf das werfen, was vor kurzem geschehen ist. Und wie so oft lohnt es sich, an die theoriegeschichtlichen Quellen zurückzugehen. Genau dies hat Francois Bilger im Rahmen eines Kolloquiums gemacht, das im Jahr 2000 in Frankreich stattgefunden hat und das sich mit dem Themenkomplex des deutschen Ordoliberalismus beschäftigt hat. In seinen einleitenden Bemerkungen führt er aus:

„Als ich vor vierzig Jahren meine Dissertation<sup>2</sup> über die Geschichte des Liberalismus in Deutschland verfasst habe, war ich verblüfft, als sich eine enge Verwandtschaft zwischen der ordoliberalen Schule in Deutschland, der ersten Ausprägung des deutschen Liberalismus, und den französischen Physiokraten abzeichnete, den Physi-

---

<sup>2</sup> François Bilger, *La Pensée économique dans l'Allemagne contemporaine*, Paris : Librairie générale de droit et de jurisprudence, 1964.

okraten, die zwei Jahrhunderte früher französische liberale Vorstellungen beflügelt hatten. Die Parallelen beziehen sich sowohl auf die Form als auf den Inhalt.“<sup>3</sup>

Francois Bilger, auf dessen Ausführungen sich im Folgenden häufig bezogen wir, ohne dies jeweils durch Zitate kenntlich zu machen, beginnt mit einer Aufzählung der Gemeinsamkeiten der physiokratischen und ordoliberalen Theorie. Man findet

- die Präsenz eines Meisters oder Vordenkers: Francois Quesnay (1694-1774) für die Physiokraten, Walter Eucken als Vertreter marktwirtschaftlicher Theorien;
- den Rückgriff auf eine andere, nicht-ökonomische Wissenschaft: Einerseits auf die Medizin in Bezug auf das wirtschaftliche Gesamtbild, andererseits auf das Recht im Hinblick auf eine wirtschaftlichen Morphologie;
- den wichtigen Beitrag eines Politikers – Anne Robert Jacques Turgot (1727-1781) und Ludwig Erhard.

Die Verbindung zwischen Personen wie Quesnay und Jacques Rueff oder Maurice Allais, also Vertretern des französischen Neoliberalismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts einerseits, sowie Walter Eucken und Alfred Müller-Armack, dem Vater des Konzepts der sozialen Marktwirtschaft und Zeitgenosse Euckens andererseits, versteht sich nicht von selbst. Quesnay und die Physiokraten gehörten dem 18. Jahrhundert an, und der französische Neoliberalismus, wie in Rueff und Allais repräsentieren, ist eine Art Renaissance desselben. Deutschland dagegen entwickelt seine eigenen Vorstellungen des Liberalismus im 20. Jahrhundert mit der Freiburger Schule.

Wie sehen die Verbindungen zwischen diesen beiden liberalen Schulen aus? Um dies zu entschlüsseln, müssen wir noch einen Schritt zurückgehen und die Gegensätze zwischen Merkantilisten und Physiokraten betrachten. Der französische Philosoph Michel Foucault beschreibt die Grundlagen des Merkantilismus wie folgt: „Bei den Ökonomen der Renaissance (...) beruht die Fähigkeit der Währung, den Wert von Waren zu messen und deren Austauschbarkeit zu garantieren, auf seinem intrinsischen Wert. Man wusste, dass die Edelmetalle abgesehen von der Münzprägung nur von geringem Nutzen waren, doch wenn sie als Standard gewählt worden waren, wenn man sich im Warentausch ihrer bediente, wenn sie also folglich einen hohen Preis erzielten, dann war dies der Fall, weil sie als solche und in der natürlichen Ord-

---

<sup>3</sup> François Bilger, *L'ordolibéralisme allemand : aux sources de l'économie sociale de marché*. Actes du colloque, Cergy-Pontoise, 8 et 9 décembre 2000 / organisé par le CIRAC et le CICC; sous la direction de Patricia Commun. - Cergy-Pontoise : CIRAC : CICC, 2003.

nung der Dinge einen absoluten Wert hatten, einen fundamentalen Wert, der höher als jeder andere war, ein Wert, auf den sich der Wert einer jeden einzelnen Ware beziehen konnte.“<sup>4</sup> Wichtig in diesem Zusammenhang ist die Vorstellung einer natürlichen Ordnung. In dieser natürlichen Ordnung hat die Währung, und das heißt das Geld, einen absoluten Wert. Und von hier lassen sich mindestens drei Aspekte ableiten, die für den Merkantilismus charakteristisch sind:

- die Bereicherung einer Nation, die den optimalen Einsatz der Ressourcen und der Menschen garantiert;
- die Bestimmung dieser Bereicherung durch Messung anhand einer Zahlungsbilanz (aktive Handelsbilanz);
- und der monetäre Ausdruck des Überschusses, der sich auf die Einfuhr von (Edel)Metallen in ein bestimmtes Land bezieht.

Dies ist genau das Konzept, das Quesnay und die Physiokraten bekämpfen.

Foucault erläutert weiter: „Entsprechend den klassischen Vorstellungen heißt „einen Wert haben“, dass eine Ware [...] im Rahmen eines Tauschaktes durch einen anderen Gegenstand ersetzt werden kann. Nur auf der Basis dieses Tauschaktes wurde das Geld erfunden, wurden die Preise festgelegt und sind Preisschwankungen möglich. Der Tauschakt ist folglich nur scheinbar ein einfaches Phänomen. [...] Den Physiokraten zufolge muss ein Tausch möglich sein, damit es Wert und Reichtum geben kann. Der eine Tauschpartner besitzt einen Überschuss, dessen der andere bedarf.“<sup>5</sup> Und dieser Überschuss ist kein monetärer. Quesnay drückt diesen Zusammenhang wie folgt aus: „Die Luft, die wir atmen, das Wasser, das wir aus dem Fluss schöpfen, und all die anderen Gaben und Bodenschätze, die im Überfluss allen Menschen zur Verfügung stehen, sind nicht zu vermarkten: Es ist ein natürliches Vermögen, keine Handelsware.“<sup>6</sup> Reichtum basiert auf Waren, die ein Bedürfnis befriedigen. Dieser Reichtum wird durch Arbeit geschaffen und nicht durch die Anhäufung von Edelmetallen oder von Geld. Das wird später Adam Smith (1723-1790) in seinem Werk *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations* von 1776 nur bestätigen, wenn er die Bedeutung des Angebots von Geld zugunsten des Vorhandenseins von Waren, der Bevölkerung und der Institutionen zurückweist, Dinge, die die wahren Ursachen des Reichtums sind. Durchgesetzt hat sich die Theorie des freien Marktes und des *Laissez faire* statt der des Merkantilismus, der in Vergessenheit geraten ist.

---

<sup>4</sup> Michel Foucault, *Les mots et les choses*, Gallimard : Paris, 1966, S.187.

<sup>5</sup> *id.*, S. 203.

<sup>6</sup> François Quesnay, article « homme » (in Eugène Daire, *Les Physiocrates*, 1846, p.42.)

Und dennoch: Hat nicht John Maynard Keynes (1883-1946) teilweise die merkantilistischen Vorstellungen rehabilitiert? Denn in seiner *General Theory of Employment, Interest and Money* schreibt Keynes dem Geld die Funktion zu, das Wachstum anstoßen zu können, was eine Wiederkehr der Geldpolitik impliziert und einen Rückgriff auf staatlichen Interventionismus mit einer Förderung der Nachfrage.

### **Frankreich : Von der Planwirtschaft zur Liberalisierung.**

Wenn wir nach Frankreich blicken, so ist es gerade diese permanente Mischung Keynes'scher und Quesnay'scher Ansätze, die den klaren Blick auf das Modell der sozialen Marktwirtschaft verschleiert und es als von einer magischen Aura umgeben erscheinen lässt.

Wenden wir uns nun der jüngeren Vergangenheit zu. In den fünfziger Jahren schienen das deutsche und das französische Modell in klarer Opposition zueinander zu stehen: Gesamtwirtschaftliche Planung und Dirigismus in einzelnen Wirtschaftsbereichen auf der einen, freier Markt und freie Konkurrenz auf der anderen Seite; hier Keynes'sche Politik mit dem Ziel der Vollbeschäftigung, dort Preisstabilität; Verstaatlichung versus Privatisierung, konzertierte Aktion versus Tarifautonomie.<sup>7</sup>

Aus französischer Sicht erschien das deutsche Modell fast als eine Art Abweichung. Wie war es noch möglich, liberalistische Methoden anzuwenden? Und als das berühmte deutsche „Wirtschaftswunder“ am Horizont auftauchte, erklärte man sich diesen Erfolg nicht durch die Anwendung des Systems der sozialen Marktwirtschaft, sondern machte den Marshallplan, die traditionelle Stärke der deutschen Industrie und die implizite Wirtschaftsplanung des deutschen Bankwesens dafür verantwortlich.

In den sechziger Jahren, angestoßen durch die ersten Impulse in Richtung auf ein gemeinsames Europa, beginnt Frankreich sich zu liberalisieren. Man beginnt nicht nur, die positiven Aspekte der sozialen Marktwirtschaft zu sehen, sondern unternimmt den Versuch, das deutsche Konzept des Marktes mit der französischen Vorstellung makroökonomischer Eingriffe zu kombinieren, um ein optimales Wirtschaftssystem zu schaffen. Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack lehnen eine solche Idee für die EWG jedoch ab. 1966, nach den politischen Veränderungen dieser Zeit, glaubte man jedoch, dass sich eine solche Konvergenz der ökonomischen Modelle entwickeln könnte. Denn Karl Schiller bemühte sich im Rückgriff auf die Keynes'sche

---

<sup>7</sup> Der folgende Vergleich bezieht sich auf die Analyse von François Bilger.

Theorie, das Wachstum anzuregen, er verankerte eine Finanzplanung des öffentlichen Dienstes und setzte eine konzertierte Aktion mit den Sozialpartnern und dem Staat durch.<sup>8</sup>

Die Krise der siebziger Jahre stellte zunächst diese Konvergenz in Frage, und es wurde deutlich, dass eine Politik der Anregung der Nachfrage und der sektoriellen Planung von Investitionen beim Kampf gegen die Stagflation und die Arbeitslosigkeit scheitern musste. Nach England (Thatcher 1979), den Vereinigten Staaten (Reagan 1980) und Deutschland (Kohl 1982) wandte sich auch Frankreich der Marktwirtschaft zu.

Am deutlichsten wird diese Wende 1983 bei Jacques Delors' Strategie der kompetitiven Desinflation. Unter Balladur setzt die französische Regierung diese Reform fort und sorgt für massive Privatisierung und Marktliberalisierung. Parallel dazu beeinflusst der Prozess der europäischen Vereinigung diese Entwicklung: Mit dem Einheitlichen Europäischen Akt von 1987 und besonders mit dem Vertrag von Maastricht 1992 werden die wirtschaftlichen Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft, d.h. freie und offene Märkte, freie Konkurrenz, Unabhängigkeit der Zentralbank, Vorrang der Preisstabilität, Haushaltsdisziplin und Begrenzung der Staatsverschuldung de facto von Frankreich übernommen und werden Teil der offiziellen Wirtschaftspolitik.

### **Der capitalisme intermédié und die Geldpolitik.**

Doch dieser kurze Überblick wird der Komplexität des Problems nicht gerecht. Tatsächlich hat ein Autor wie Jean Peyrelevade - nicht zu Unrecht - schreiben können, dass die soziale Marktwirtschaft für Deutschland und Frankreich gleichermaßen charakteristisch ist, und dies bezüglich eines „vermittelten Kapitalismus“ (capitalisme intermédié).<sup>9</sup> In Bezug auf Deutschland sieht er eine starke wechselseitige Abhängigkeit von Banken und Industrie, im Hinblick auf Frankreich eine ebensolche von Banken, Industrie und dem Staat.

Abgesehen von den Unterschieden in der Wirtschaftspolitik gab es also insofern eine Vergleichbarkeit zwischen Deutschland und Frankreich, als in beiden Ländern ein Modell dominierte, das auf dem Prinzip der Wechselseitigkeit beruhte und wo die

---

<sup>8</sup> Siehe Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung und Bundesarchiv (Herausgeber): *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*. Bd. 5: *Bundesrepublik Deutschland 1966-1974. Eine Zeit vielfältigen Aufbruchs*. Hg. Hans Günther Hockerts. Baden-Baden 2007.

<sup>9</sup> Jean Peyrelevade, *Le capitalisme total*. Paris : Seuil, 2005.



Kapitalgeber nur begrenzte Forderungen in Bezug auf angelegtes Vermögen stellen konnten und auf die permanente Liquidität ihrer Vermögenswerte verzichteten.

Hier schließen sich zwei Fragen an. Erstens: Welche Rolle spielt oder spielte in Frankreich der Staat in diesem System der Vermittlung, und zweitens: Kann man heute noch von einem „vermittelten“ Kapitalismus sprechen?

Im Netz der Verflechtungen zwischen Banken, Industrie und Staat hat der französische Staat immer eine vorherrschende Rolle gespielt. Tatsächlich hat er nie aufgehört, die Finanzpolitik als eine politische Waffe einzusetzen. Die Geldpolitik gerät jetzt wieder in den Vordergrund – dies wird auch deutlich wenn man an die jüngsten Ausfälle Sarkozys gegen die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank denkt.

Wenn es, wie wir gerade gesehen haben, so ist, dass der Anfang der achtziger Jahre eine Wendung in Richtung einer Liberalisierung markiert, so gilt das auch in Bezug auf den radikalen Paradigmenwandel im Bereich der Geldpolitik (Festlegung der Zinssätze und des Wechselkurses), einen Wandel, der noch heute im Zentrum heftigster Debatten steht. Die kompetitive Desinflation, wie sie von Jacques Delors begonnen wurde, hatte zum Ziel, die Preiserhöhungen zu bekämpfen, um die Unternehmen konkurrenzfähiger zu machen, die französische Inflationsrate der deutschen anzugleichen und schließlich die Stabilität des Wechselkurses innerhalb des europäischen Währungssystems zu sichern.

Diese Politik beruhte auf mindestens zwei Annahmen: Restriktive Haushaltspolitik und restriktive Geldpolitik (definitive Aufgabe der Devaluation als Instrument zur Verbesserung der Handelsbilanz – was ohnehin bei festen Wechselkursen unmöglich war – und Unabhängigkeit der Zentralbank, was die Festsetzung der Zinsrate betrifft). Diese Politik hat ihre schärfste Kritik zu Anfang der neunziger Jahre erfahren. Einerseits bekräftigte der Vertrag von Maastricht 1992 die Regeln der restriktiven Haushaltspolitik (das Verhältnis zwischen Schulden und Bruttoinlandsprodukt 60%, zwischen Haushaltsdefizit und Bruttoinlandsprodukt 3%) ebenso wie die der Geldpolitik (Unabhängigkeit der Zentralbank und Kampf gegen die Inflation als wichtigstes Ziel). Andererseits war Frankreich 1993 Opfer einer Rezession, deren Ausmaß sich mit der Krise von 1974 und 1975 vergleichen lässt. Man hat den Grund hierfür häufig mit der deutschen Wiedervereinigung in Verbindung gebracht. Tatsächlich hat in Deutschland die Diskrepanz zwischen einem begrenzten Angebot und einer expandierenden Nachfrage inflationäre Spannungen hervorgebracht, die die Bundesbank bekämpft hat, in dem sie die Leitzinsen angehoben hat, was wiederum zu einer Auf-

wertung der Deutschen Mark im Verhältnis zu den anderen europäischen Währungen geführt hat, insbesondere im Verhältnis zum französischen Franc. Weil es an die Vereinbarungen des europäischen Währungssystems gebunden war, hat Frankreich auch seinen Zinssatz angehoben, damit der Franc im Verhältnis zur Mark nicht abgewertet wurde, während sich dies in einer Phase der Rezession innenpolitisch durch nichts rechtfertigen ließ. Genau zu diesem Zeitpunkt sind die unterschiedlichen Meinungen heftig aufeinander geprallt, und es gab Stimmen, die schlicht und ergreifend einen Austritt aus der EU verlangten, um wieder zu einer unabhängigen Geldpolitik zurückkehren zu können und ggf. wieder kompetitive Abwertungen durchzusetzen.

Letztendlich war die Ausgangslage einfach. Die Geld- und Haushaltspolitik wurde durch die Regeln der EU neutralisiert, nur der Markt konnte im Falle einer Wirtschaftskrise die Rolle eines ausgleichenden Faktors spielen. Hier zeichneten sich zwei Möglichkeiten ab: Eine, die dem angelsächsischen Liberalismus nahe stand und durch weitgehende Flexibilisierung und Deregulierung gekennzeichnet war, und eine, die sich am deutschen Vorbild orientierte, um das Funktionieren des französischen Marktes sicherzustellen. Im Zentrum stand hier die Fähigkeit, Konflikte durch Verhandlungen zu lösen und die Rolle der Tarifpartner zu stärken. Noch vor kurzem, während ihres Wahlkampfes nämlich, hat die Kandidatin der Parti Socialiste, Ségolène Royale, auf die Vorteile der skandinavischen Länder verwiesen und ihre Bereitschaft deutlich gemacht, sich daran auch in Frankreich zu orientieren. (Zugestandenmaßen hat sie sich nicht ausdrücklich Deutschland zum Vorbild genommen, aber sie berief sich genau auf jene Aspekte, die hier zum Tragen kommen: Verhandlungen, Partizipation und Regulierung.).

Diese beiden französischen Ansätze, der Rückgriff auf das angelsächsische und das deutsche Modell, überschneiden sich an einem Punkt, nämlich dort, wo es um die Rolle der Zentralbank geht, die sehr pragmatisch gesehen wird. Für die Anhänger des angelsächsischen Liberalismus erschien dies als vollkommen logisch: Man nahm sich die amerikanische Fed zum Vorbild, deren Hauptziel es ist, die wirtschaftlichen Zyklen zu begleiten, wobei bis zu einem gewissen Punkt Schwankungen des Wechselkurses in Kauf genommen werden.

Für die Anhänger der sozialen Marktwirtschaft nach deutschem Vorbild sprang folgender Widerspruch ins Auge: Man hat sich nur auf die sozialen Aspekte bezogen

und dabei vernachlässigt, dass eine der Säulen dieses Modells die Preisstabilität ist, die von einer unabhängigen Zentralbank gewährleistet wird.

Hier sieht man deutlich die Verzerrungen, die das französische Bild der sozialen Marktwirtschaft bestimmen, d.h. zu glauben, dass es sich einzig um eine Form der gesellschaftlichen Organisation handelt, und zu vergessen, dass eben diese Organisation auf bestimmten Voraussetzungen beruht, z.B. darauf, das Eingreifen des Staates auf ein Minimum zu beschränken, sei es bezüglich des Marktes oder bezüglich der Geldpolitik. Tatsächlich wird die „unsichtbare Hand“, von der Adam Smith spricht, im deutschen Modell der sozialen Marktwirtschaft ersetzt von einem regulierenden Rahmen, der vom Staat vorgegeben wird, aus dem sich dieser jedoch, theoretisch zumindest, weitgehend heraushält.

### **Fazit: Das Problem des Finanzkapitalismus.**

Wie sieht die Situation heute aus? Es wurde schon erwähnt, dass Sarkozy vor kurzem die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank scharf attackiert hat und ihr eine eher pragmatisch orientierte Richtung aufdrängen wollte. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums, am besten verkörpert durch Ségolène Royale, träumt die Parti Socialiste von einer „partizipativen“ Gesellschaft und davon, in Frankreich das reichlich abstrakt erscheinende Konzept einer Verhandlungskultur nach dem Vorbild der nordischen Länder einzuführen.<sup>10</sup>

Auf einen Punkt könnten sich Sarkozy und Royale einigen, nämlich darauf, ein politisches Gegengewicht für die europäische Zentralbank zu schaffen, um deren Unabhängigkeit zu untergraben und deren Aufgabe in Frage zu stellen.

Ist aber diese Fragestellung nicht vollkommen veraltet? Anders gesagt, was für ein Gewicht könnte ein Wechsel der Geldpolitik haben, während die Struktur selbst des „vermittelten“ Kapitalismus dabei ist, sich auflöst zugunsten der Dominanz des spekulativen Finanzkapitalismus? Beginnen wir damit, zunächst den Finanzkapitalismus zu definieren. Elmar Altvater zufolge handelt es sich hierbei um ein System, in dem die Akteure aus dem Finanzbereich nicht mehr im Dienst der Realwirtschaft stehen, sondern sich von ihr befreit haben, indem sie ihm die Gesetze der höchsten Rentabi-

---

<sup>10</sup> Aber auch in dieser Hinsicht gibt man sich in Frankreich gelegentlich einer Täuschung hin, was vor kurzem eine Untersuchung verdeutlicht hat : Im Zeitraum 1990 bis 2005 liegt Frankreich mit 0,03 Streiktagen pro Jahr und pro Arbeitnehmer unter dem Durchschnitt (0,04) und erst an elfter Stelle bezogen auf die achtzehn wichtigsten Industrienationen. Dänemark liegt an erster Stelle, Norwegen auf dem vierten und Finnland auf dem siebten Platz. Vgl. Francois Doutriaux, « Le mythe d'un pays gréviste » in *Le Monde*, 14.11.2007.

lilität aufgezwungen haben.<sup>11</sup> Auf mikroökonomischer Ebene dominiert das Ziel, die Aktionäre, die im Zentrum dieses Systems stehen, zufrieden zu stellen; auf makroökonomischer Ebene geht es vor allem um Liquidität. Um das Verhältnis zwischen Risiko und Ertrag auszugleichen, darf das Kapital nicht an die Produktionsmittel oder an langfristige Investitionsprojekte gefesselt sein. Rentabilität und Liquidität sind genau die beiden Aspekte, die das traditionelle Bankensystem nicht genügend garantieren kann.

Welche Rolle könnte nun in diesem neuen Rahmen eine aktive Geldpolitik spielen? Traditionellerweise behauptet man, dass eine Senkung der Zinssätze die wirtschaftliche Aktivität stimuliert, indem sie es den wirtschaftlichen Akteuren leichter macht, notwendige Kredite aufzunehmen. Aber hat sich nicht genau diese Theorie als Illusion herausgestellt, seitdem der Finanzbedarf von Unternehmen immer seltener von den traditionellen Institutionen gedeckt wird, sondern mehr und mehr von Pensionsfonds, Hedge Fonds usw.?

So gesehen scheint die französische Positionen durch zwei Missverständnisse charakterisiert zu sein: Zum einen glaubt man, dass Geldpolitik ein funktionierendes Mittel zur Regulierung wirtschaftlicher Aktivitäten ist, während der „vermittelte“ Kapitalismus eine grundlegende Veränderung durchläuft. Gleichzeitig blickt man neidvoll auf das deutsche System der sozialen Regulierung und zieht genau das in Zweifel, was dessen Grundlage konstituiert: eine Politik der Preisstabilität, die durch die Unabhängigkeit einer Zentralbank garantiert wird.

Wir haben einleitend über das Phänomen der Anziehung und Abstoßung gesprochen, das die deutsch-französischen Beziehungen charakterisiert, zumindest, was das Bild wirtschaftlicher Modelle betrifft. In diesem Zusammenhang spielt die Geldpolitik eine zentrale Rolle.

Die Situation hat sich seit der Entwicklung des Finanzkapitalismus grundlegend geändert, wie auch Angela Merkel konstatiert: „In dem Moment aber, in dem sich die Wirtschaft global ausbreitet, entzieht sie sich zunehmend der bisherigen Ordnungsfunktion des Nationalstaates.“<sup>12</sup> Die unterschiedlichen Reaktionen der beiden Länder sind in diesem Zusammenhang bedeutungsvoll: Während sich in Deutschland die Kritik am Finanzkapitalismus im Rahmen einer Diskussion der sozialen Marktwirt-

---

<sup>11</sup> Elmar Altvater, *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 2005.

<sup>12</sup> Angela Merkel, *Rede der Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands auf dem 20. Parteitag der CDU Deutschlands*. Auszug aus dem Stenographischen Protokoll, Dresden, 27.11.2006, S. 15, zit. Nach Bodo Gemper, „Ludwig Erhard revisited“, *APuZ* 13/2007, 10-16, S.15.

schaft, deren Überleben und gegebenenfalls deren notwendiger Anpassung bewegt, nimmt sie in Frankreich bei einer großen Zahl von Intellektuellen die Form der Infragestellung des kapitalistischen Systems als solchem an.

Die Geschichte scheint sich zu wiederholen, und deutsch-französische Missverständnisse sind vorprogrammiert.

## **Ordnungspolitische Diskurse**

### **Discourses in Social Market Economy**

- 2007 – 1 Seliger, Bernhard; Wrobel, Ralph – Die Krise der Ordnungspolitik als Kommunikationskrise
- 2007 – 2 Sepp, Jüri - Estland – eine ordnungspolitische Erfolgsgeschichte?
- 2007 – 3 Eerma, Diana; Sepp, Jüri - Competition Policy's Role in Network Industries - Regulation and Deregulation in Estonia
- 2007 – 4 Clapham, Ronald - Welche Bedeutung haben nationale Wirtschaftsordnungen für die Zukunft der EU? Der Beitrag der sozialen Marktwirtschaft
- 2007 – 5 Strunz, Herbert – Staat, Wirtschaften und Governance
- 2007 – 6 Jang Tae-Seok - South Korea's Aid to North Korea's Transformation Process - Social Market Perspective
- 2007 – 7 Libman, Alexander - Big Business and Quality of Institutions in the Post-Soviet Space: Spatial Aspects
- 2007 – 8 Mulaj, Isa - Forgotten Status of Many: Kosovo's Economy under the UN and the EU Administration
- 2007 – 9 Dathe, Uwe - Wettbewerb ohne Wettbewerb? Über die Bedeutung von Reformen im Bildungswesen für die Akzeptanz der Wettbewerbsidee
- 2007 – 10 Noltze, Karl - Die ordnungspolitische Strategie
- 2008 – 1 Seliger, Bernhard - Die zweite Welle – ordnungspolitische Herausforderungen der ostasiatischen Wirtschaftsentwicklung
- 2008 – 2 Gemper, Bodo Rheinische Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft: Charakter zeigen im Aufbruch
- 2008 – 3 Decouard, Emmanuel - Das „Modèle rhénan“ aus französischer Sicht

## **Herausgeber:**

PD Dr. habil. Bernhard Seliger – Seoul  
Prof. Dr. Ralph M. Wrobel – Zwickau

**[www.Ordnungspolitisches-Portal.de](http://www.Ordnungspolitisches-Portal.de)**